

Geschlechtervielfalt anerkennen, Selbstbestimmung in der Partei leben!

Am 12. April 2024 wurde vom Bundestag das Selbstbestimmungsgesetz beschlossen. Dies ist ein riesiger Fortschritt zum Transsexuellengesetz. Geschlechtliche Vielfalt ist bisher kaum repräsentiert in unserer Partei. Sichtbarkeit ist aber essenziell. Bei den Listenaufstellungen für unsere Partei sind nicht alle Geschlechtsidentitäten abgebildet. In unseren Satzungen und Ordnungen geht die Partei immer noch vom binären Geschlechtsverständnis aus. Die macht Identitäten aus dem TIN*-Spektrum (Trans*, Inter*, Nicht-Binär*) unsichtbar. Hier muss unsere Satzung die geschlechtliche Vielfalt widerspiegeln, um diese anzuerkennen.

Generell ist der Diskussionsstand zu Themen der geschlechtlichen Vielfalt in der Partei noch nicht ausreichend. Außerdem müssen die Implikationen des neuen Selbstbestimmungsgesetzes in der Partei berücksichtigt werden.

Wir fordern daher, geschlechtliche Vielfalt in der Partei sichtbar zu machen und zu leben.

Dazu fordern wir:

1. TIN*-Personen sind bei allen Themen und Strukturen der Partei grundsätzlich anzuerkennen, einzubeziehen und zu unterstützen. Dies gilt insbesondere bei der Ermutigung zur Übernahme von Ämtern und Funktionen.
2. Der Landesparteitag fordert den Landesvorstand auf, die Satzungen und Ordnungen der Partei so zu überarbeiten, dass sie die geschlechtliche Vielfalt abbilden. Dazu legt der Landesvorstand Vorschläge vor, wie TIN*-Personen bei Wahlen zu berücksichtigen sind.
3. Der Landesvorstand erarbeitet Maßnahmen, die geschlechtliche Vielfalt in der Partei zu stärken und Diskriminierung abzubauen.
4. Der Landesvorstand bietet Formate an, in denen über geschlechtliche Vielfalt aufgeklärt wird. Vor allem Führungspersonal muss für geschlechtliche Vielfalt sensibilisiert werden.
5. Es werden Formate eingerichtet, in denen der Landesvorstand konkrete Maßnahmen entwickelt, um die Sichtbarkeit geschlechtlicher Vielfalt, auch parteiintern, zu verbessern.
6. Der Landesvorstand überprüft, welche Barrieren es in der Partei gibt, die strukturelle, räumliche oder andere Barrieren für TIN*Personen darstellen und entwickelt Maßnahmen, diese abzubauen.